



Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach am 09.07.2025

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2025 für die Ratssitzung am 09.07.2025

Es wird folgender Antrag gestellt:

Verzicht auf die Einführung der Bezahlkarte in Gummersbach:

Der Rat der Stadt Gummersbach wird auf die Einführung der Bezahlkarte verzichten und die Opt-out-Klausel nutzen.

Begründung:

Mit der Opt-out-Klausel bei der Einführung der Bezahlkarte ermöglicht es der Landesgesetzgeber, auf die Einführung der Bezahlkarte zu verzichten. Schon viele Städte und Gemeinden wie Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach oder Bergneustadt nutzen diese Möglichkeit.

Die Begründungen:

- Die Bezahlkarte schränke die gesellschaftliche Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen erheblich ein.
- Es ist nicht belegt, dass sich durch die Bezahlkarte die Zahl der Asylsuchenden verringern lasse
- Der Verwaltungsaufwand wird sich erhöhen.
- Reichen die vorgesehenen 50 Euro für einen Erwachsenen aus, um damit alles einzukaufen, was nicht mit der Bezahlkarte bezahlt werden kann?
- Lohnt sich der zusätzliche Aufwand bei zu erwartenden Widersprüchen und Gerichtsentscheidungen?

Im letzten Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration der Stadt Gummersbach am 12.03.2025 wurde über die Situation und die Anzahl der Asylbewerber*innen berichtet.

Insgesamt 98 Personen hatten eine Aufenthaltsgestattung oder Duldung. Von diesen 98 Personen waren 18 Menschen aus der Ukraine, die nach kurzer Zeit in die Verantwortung des Job-Centers wechseln. Etwa 80 Personen kämen somit für die Bezahlkarte infrage. Von diesen hatten 40 Personen Einkommen und haben keine städtischen Leistungen oder nur aufstockende Leistungen bezogen. Es bleiben somit nur etwa 40 Personen übrig, die überhaupt für die Bezahlarte infrage kommen. Am 04.04.2025 hatten wir die Quote der Zuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz mit 145 % oder 409 Personen bereits übererfüllt, so dass wir in naher Zukunft nicht mit weiteren Zuweisungen rechnen müssen. Darum sind wir der Auffassung und beantragen, dass der Rat der Stadt Gummersbach auf die Einführung der Bezahlkarte verzichten und die Opt-out-Klausel nutzen sollte.

Konrad Gerards

Fraktionssprecher